



taz ♦ mittwoch 09. oktober 2019

Fünf Journalist*innen unabhängiger Medien Zentralamerikas und Kubas hat die taz Panter Stiftung nach Berlin eingeladen. In dieser Beilage schreiben sie über ihren Journalismus

taz akademie



Wie sich Präsidenten gerne sehen: Nochamtsinhaber Jimmy Morales vor vielen, vielen Journalisten
Foto: Carlos Sebastián/ Nómada

Kalte Zeiten

Populismus greift die Medien an – das gilt in den USA wie in Zentralamerika. Für unabhängigen Journalismus heißt das: Warm anziehen, durchhalten

Aus Guatemala-Stadt
Ewin Quiñónez

In der Nacht vom 8. November 2016 gab es ein politisches Erdbeben. Für einige Sekunden ließ das Erstaunen das Geräusch der Computer verstummen. Die auf eine riesige Leinwand geworfenen Zahlen bestätigten, dass die USA – entgegen allen Vorhersagen – einen populistischen, fremdenfeindlichen Antisystemmagnaten zum Präsidenten gewählt hatten. Das Establishment zerbrach, und der Weg, der damit eingeschlagen würde, war unbekannt. Als journalistischer Stipendiat erlebte ich diesen Augenblick in einem Büro von Univisión, einem der größten spanischsprachigen Nachrichtensender der USA.

Mit Trump begann ein neuer Abschnitt der Geschichte, in dem die konservativsten Kräfte einen neuen Anführer bekamen. Einen Sprecher. Der Wahlkampf des Republikaners fußte auf demagogischen Reden voller Beschimpfungen, Abwertungen und Hass. Eine der Zielscheiben dieser Angriffe war und ist die unabhängige Presse, die Medien, die die Macht zur Verantwortung ziehen, die Amtsmissbrauch öffentlich machen und politische Praktiken infrage stellen, die dem Gemeinwohl zuwiderlaufen. Kurz: der unbequeme Journalismus.

Ein Jahr zuvor war in Guatemala ein Outsider gewählt worden. Der Fernsehcomedian Jimmy Morales übernahm die Präsidentschaft dieses zentralamerikanischen Landes als Kandidat einer Partei, die den härtesten Teil der Armee repräsentiert, voll von nationalistischen und ultrakonservativen Diskursen. Und, eine Gemeinsamkeit mit dem Populismus eines Donald Trump: einen Hass auf die unabhängige Presse.

Die Geopolitik Zentralamerikas verbündete sich mit den USA. Die

Nähe der konservativsten Kräfte zur Macht und ihr Einfluss wurde sichtbar an Entscheidungen wie der Verlegung der Botschaft Guatemalas in Israel nach Jerusalem, den Abkommen über „sichere Drittstaaten“, der Antimigrationspolitik und dem Ende der Cicig, der UN-Juristenkommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala.

Angesichts dieser neuen Macht spielen die tiefgehenden Recherchen und Anklagen der unabhängigen Medien eine wichtige Rolle. Ein Journalismus, der wirklich zählt.

Im vergangenen Jahrzehnt wurden einige Medien gegründet, die neue Finanzierungsmodelle entwickelt haben, um sich aus dem finanziellen Würgegriff zu befreien,

Das Wertvollste des Journalismus: den Exzessen der Macht kritisch gegenüberstehen

mit dem die Mächtigen anklagen Journalismus und unbequeme Recherchen zu ersticken versuchen. Der Journalismus hat sich verändert und neu aufgestellt, um der Unterdrückung durch den Populismus zu widerstehen.

Der Journalismus erlebt ein Moment der Neuorientierung der gesamten Branche. Dutzende Medien auf der ganzen Welt haben ihre Produktionsweise umgestellt, um in der digitalen Welt mit dem Abwandern der Werbung und der Dominanz der führenden Internetkonzerne mithalten zu können. Das ist in Zentralamerika nicht anders, und es sind eine Reihe unabhängiger Medien entstanden, die darum kämpfen, das Wertvollste des Journalismus zu erhalten: eine öffentliche Meinung, die den Exzessen der

Macht kritisch gegenübersteht.

Diese neuen Medien haben unter anderem Recherchen über Verhandlungen zwischen Regierung und kriminellen Organisationen veröffentlicht, über illegale Supergehälter, über unrechtmäßige Bereicherung, verbotene Wahlkampffinanzierung, Geschäfte von Angehörigen von Regierungsmitgliedern mit öffentlichen Geldern, unrechtmäßige Gesetzesänderungen, außergesellschaftliche Hinrichtungen. Sie haben in ihren Rechten bedrohten Teilen der Gesellschaft Platz und Stimme gegeben.

Dieser Avantgardejournalismus irritiert die Mächtigen. Die Unterstützerkreise der populistischen Regierungen haben Mechanismen entwickelt, um Medien und Journalisten zu verfolgen. Mit verschiedenen Methoden lenken sie die Konversation in sozialen Medien, um vom Inhalt der Recherchen abzulenken und stattdessen die Medien anzugehen. Sie haben Trumps „Fake News!“-Gerede aufgegriffen und Zweifel an den neuen Finanzierungskanälen gesät, durch die sich insbesondere die unabhängigen Medien überhaupt halten können.

In ganz Zentralamerika ist Journalismus inzwischen ein Abenteuer. Medien und Journalisten sind bedroht und aus dem Land geworfen worden (Nicaragua), sind verfolgt und umgebracht worden (Honduras und Nicaragua), sind auspietert und finanziell abgewürgt worden (Guatemala und El Salvador). Private Daten von Journalisten wurden auf anonymen und gefälschten Plattformen veröffentlicht.

Um mit Lebensfreude – einer Spezialität der Menschen in diesem Teil der Welt – zu widerstehen,



Editorial

Keine Frage der Grenzen

Es war ein besonderer taz Panter Workshop, der im August 2019 in Berlin stattfand. Anders als bei den bisherigen Lateinamerika-Workshops mit kubanischen Journalist*innen waren diesmal ausschließlich unabhängige Medien geladen – und genau darum sollte es gehen: Wie kann sich unabhängiger Journalismus gegen die vielfältigen Bedrohungen unterschiedlicher Natur durchsetzen, finanzieren, überhaupt halten? Allen vertretenen Medien ist gemein, dass sie auf Recherche setzen, auf den Vorrang von Journalismus vor jedweder Ideologie, auf einen Journalismus, der die Grenzen überschreitet, den die Mächtigen gern setzen wollen. Aber wie macht man das? Welches Profil braucht ein Internetmedium, um publizistisch Einfluss zu erlangen? Braucht es „Breaking News“ oder nicht?

Viel Raum nahm daher die Debatte unter den Teilnehmenden selbst ein. Die Verhältnisse im sogenannten Triángulo Norte (Honduras, Guatemala, El Salvador) einerseits und Kuba andererseits sind ziemlich unterschiedlich. Dennoch gibt es Probleme, die alle betreffen – ob das nun die Sicherheit und der Schutz ihrer Reporter*innen ist oder die Frage der Finanzierung, bei der alle fünf Medien auch auf Unterstützung durch ausländische Institutionen angewiesen sind. Wie vermeidet man neue Abhängigkeiten?

In Berlin wurden – auch im Austausch mit hiesigen unabhängigen Medien – gute und schlechte Erfahrungen ausgetauscht, man gab sich gegenseitig Tipps und vereinbarte Kooperationen. Journalismus, der darauf besteht, auch unbequeme Wahrheiten zu veröffentlichen, ist halt keine Frage der Ländergrenzen.

Bernd Pickert



Ewin Quiñónez, 36, ist stellvertretender Chefredakteur des Online-magazins Nómada in Guatemala. Nómada wurde 2014 gegründet und hat sich als investigatives Medium einen Namen gemacht. www.nomada.gt

haben wir Journalisten solidarische Sicherheitssysteme entwickelt, zum Beispiel durch permanente Fortbildungen, durch genaues Verfolgen von Recherchereisen durch die Redaktionen, durch Ortswechsel, um Verfolgung zu verhindern, durch verschlüsselte Kommunikation, durch Sicherheitssysteme in den Mobiltelefonen und andere Schutzstrategien.

Die politische Lage scheint sich wenig zu ändern, und der Populismus wird wohl weitere Wahlerfolge feiern. So wird es vier Jahre in Guatemala, El Salvador und Honduras weitergehen – in Nicaragua gibt die Diktatur keinen Zentimeter nach. Das sind kalte Zeiten, in denen wir unabhängigen Medien nichts anderes tun können, als uns warm anzuziehen, um sie zu überstehen, und weiterhin für einen Journalismus einzutreten, der wirklich zählt, in einer Region, die wirklich zählt.



Gegen die Verleugnung

Kubas Staatsmedien zeichnen ein geschöntes Bild von der Realität. Und die unabhängigen Medien sind illegal

Aus Havanna **Geisy Guía Delis**

Im August 2017, als alle längst wussten, dass Miguel Díaz-Canel der nächste Präsident der Republik Kuba würde, tauchte auf YouTube ein Video auf, in dem er sich über die unabhängigen Medien in Kuba äußert: „Wir werden ihnen die Plattform schließen. Sollen sie doch einen Skandal daraus machen. Sollen sie doch behaupten, dass wir zensieren, das ist okay, alle Welt zensiert.“ Dieser lapidare Satz war wie ein Urteilspruch, mit dem jede Möglichkeit des Dialogs oder des Respekts und der Anerkennung für die auf der Insel entstandenen digitalen Medien ausgeschlossen wurde.

Seien wir ehrlich: Kein Präsident mag Journalisten. Außer natürlich, wenn sie nichts hinterfragen, nichts recherchieren und als Propagandaapparate funktionieren, als Lautsprecher der Macht. Aber wenn Sie Präsident in einer Demokratie sind und vorhaben, alle Medien zu schließen, die nicht mit Ihnen sympathisieren, dann wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Verfassung Ihrer Nation das verhindern. Aber Kuba ist ein Land der Ausnahmen – um nicht zu sagen, dass es in Kuba keine Demokratie gibt. Bislang sind im Jahr 2019 in Kuba mindestens sechs von der Regierung unabhängige Medien zensiert oder blockiert worden. Rund zehn Journalisten wurden festgenommen, bedroht oder an der Ausreise gehindert.

In Artikel 55 der dieses Jahr abgeschiedenen Verfassung heißt es: „Die Freiheit der Presse wird anerkannt. Dieses Recht wird im Einklang mit den Gesetzen und Zielen der Gesellschaft ausgeübt. Die wesentlichen Kommunikationsmedien [eine sehr vage Formulierung; es ist zu befürchten, dass sie so gehalten ist, um auch gegen Internetmedien vorgehen zu können] in all ihren Erscheinungsformen sind sozialistisches Eigentum des

„Sollen sie doch behaupten, dass wir zensieren, das ist okay, alle Welt zensiert“

Miguel Díaz-Canel
Präsident Kubas

ganzen Volkes oder der politischen, sozialen und Massenorganisationen [soll heißen: Kommunistische Partei Kubas, Vereinigung der Jungen Kommunisten, Revolutionäre Streitkräfte]; sie dürfen keine anderen Eigentumsverhältnisse haben [das schließt privat oder genossenschaftlich organisierte Medien aus].

Die neuen Medien sind wie ein zähes Stück Fleisch, an dem die Regierung ganz schön zu kauen hat und das sie weder heruntergeschluckt noch auszuspecken wagt, aus Angst, sich selbst zu bekleckern.

Weil die Nationalversammlung, die nur zweimal im Jahr regelmäßig und nur ganz selten außerordentlich tagt, um Gesetze zu verabschieden, wird in Kuba mittels Dekreten regiert. Eines der jüngsten, das Dekret Nummer 370 „Über die Informatisierung der Gesellschaft in Kuba“, zielt darauf ab, die Rechte der Kubaner im Internet zu beschränken, und ist eine direkte Bedrohung der unabhängigen Medien, die ausschließlich als digitale Plattformen existieren können. Darin wird es als Gesetzesverstoß bezeichnet, „eine Website auf einem Server im Ausland zu betreiben, die nicht ausschließlich ein Spiegel oder eine Kopie einer auf Servern auf nationalem Territorium gehosteten Seite ist“. Genauso ist es verboten, „über die öffentlichen Datenetze Daten oder Informationen zu verbreiten, die dem sozialen Interesse, der Moral, den guten Sitten und der persönlichen Integrität zuwiderlaufen“ (Artikel 68).

Ich denke, es liegt in einer Grauzone, zu definieren, was Moral ist oder welche Informationen dem sozialen Interesse zuwiderlaufen. Aber ich wage zu behaupten, dass sich die Öffentlichkeit in Kuba für Themen der Umwelt und der Lokalentwicklung interessiert. Genau das sind die Themen des Mediums, für das ich schreibe. *Periodismo de Barrio*, 2015 von jungen Absolventen der Universität von Havanna gegründet, drückt in seiner Grundsatzzerklärung seine Loyalität zum

Sozialismus als emanzipatorischem Projekt aus und betont gleichzeitig, dass Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit essenziell für eine bewusste Bürgerbeteiligung sind.

Wir wollen investigativen Journalismus machen, in dessen Mittelpunkt die Gemeinden stehen, die von der Klimakrise am stärksten bedroht sind. Aber in Kuba ist alles politisch. Allein weil es uns gibt, wurden wir von der Staatssicherheit festgenommen, wurden unsere Kameras und Telefone abgenommen. Wir wurden aus verschiedenen Provinzen ausgewiesen, und wir wurden aufgefordert, über diese Übergriffe zu schweigen. Das alles war sowohl bevor als auch nachdem wir über die schlimmen Zustände berichtet hatten: über die Müllkippen unter freiem Himmel in Havanna oder über den Tod der Biodiversität in der Bucht von Chippiróna infolge der Abwässer und Einschlammungen durch die Rumfabrik Havanna Club oder über das staatliche Wegsehen in einer Gemeinde, die sehr starker Vergiftung durch Blei ausgesetzt ist.

Unter diesen Bedingungen üben heute viele Journalisten in Kuba ihren Beruf aus. In diesem ganzen Geflecht von Dekreten und Verfassungsklauseln bleibt uns das Etikett „illegal“. Wir haben nie um Erlaubnis gebeten, Journalismus zu machen, noch werden wir das tun, und das wiederum bedeutet, dass wir nicht nur unsere Meinungs- oder Reisefreiheit riskieren – jeder

von uns kann auch jederzeit ins Gefängnis gesteckt werden.

Noch immer gibt es jene, die die Namen, Gesichter, Schmerzen und Träume jener, die in unseren Reportagen auftauchen, verschweigen wollen, als ob sich die Wirklichkeit durch Negation verändern ließe oder diese Menschen und ihre Probleme dann einfach verschwinden würden.

Kürzlich feierte mein Vater seinen 58. Geburtstag, und er witzelte einen ganzen Monat lang herum, was er gern als Geschenk hätte: einen Tausch seines Hauses gegen eines von denen, die jeden Abend um Punkt acht Uhr in den Hauptnachrichten zu sehen sind. In der Sendung gibt es reichlich Fleisch und Obst, die Menschen sind glücklicher und produktiver, die Omnibusse sind nicht voll, es gibt keine politischen Widersprüche, alle sind sich einig, und es gibt keine größere Kraft als die Revolution. Mein Vater macht über all das Witze, weil es ihm Spaß macht, dabei zuzuschauen, wie Abend für Abende 30 Minuten die Realität manipuliert wird. Für ihn, der in unversorgten Läden einkaufen geht, der mit dem Gehalt nie auskommt, der niemals an einer Demonstration für irgendetwas wird teilnehmen können, der kein Geld hat, um im Internet zu lesen, was ich schreibe, für ihn ist es wie eine Sucht und eine masochistische Freude, auf dem Bildschirm ein Kuba zu sehen, wie es Díaz-Canel gefällt.



Geisy Guía Delis, 28, ist Reporterin des unabhängigen Portals „Periodismo de Barrio“ in Kuba. Das 2015 gegründete Medium befasst sich vor allem mit Umweltthemen. www.periodismo-debarrio.org



Foto: Leonie Gierke

Sonderseiten der taz Panter Stiftung mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes



Auswärtiges Amt

Impressum

Redaktion und Übersetzungen: Bernd Pickert

Layout: Nadine Fischer

Teilnehmer*innenfotos:

Mara Brückner

Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Foto (v. l. n. r.): Ileana Álvarez

(Kuba), Fernando Silva Cruz

(Honduras), César Fagoaga

(El Salvador), Geisy Guía

Delis (Kuba), Eswin Quiñónez

(Guatemala)



Für Pressefreiheit weltweit!

Die taz Panter Stiftung fördert junge kritische JournalistInnen im In- und Ausland. Denn ohne sie gäbe es keine Pressefreiheit und damit auch keine Freiheit.



Deutsch-türkisches Online-Portal

Refugium Ausstiegsprogramm für verfolgte JournalistInnen.

Internationale Projekte



Afrika Workshop

Mit einer Spende viel bewirken!

taz ☛ panterstiftung GLS-Bank Bochum | BIC GENODEM1GLS | IBAN DE97 4306 0967 1103 7159 00 | Weitere Infos: stiftung@taz.de | Tel. (030) 25 90 22 13 | www.taz.de/stiftung